135 • Ausgabe B Nr. 69
gabe für Berlin u. Umgegend Nr. 138

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 23. März 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Kommunistische Raubzüge und Bombenanschläge in Mitteldeutschland.

Die deutschen Kommunisten haben jetzt, offenbar einem Befehl Moskaus folgend, eine „Propaganda der Tat" eingeleitet, wie sie früher von den russischen Nihilisten zur Terrorisierung des zaristischen Systems jahrzehntelang geübt wurde. In zahlreichen Städten und Industriebezirken des mittleren Deutschlands haben die Kommunisten Bombenattentate auf öffentliche Gebäude und Plünderungen von Banken und Sparkassen verübt, Züge durch Entgleisen gebracht und die Arbeiterschaft in einen Generalstreik zu treiben versucht. Offenbar hoffen die Kommunisten durch dieses ungeheuerliche verbrecherische Treiben eine kommunistische Revolution zu erzwingen. Erfreulicherweise machen sowohl die Rechtssozialisten als auch die Unabhängigen und die Gewerkschaften auf das Entschiedenste damit gegen dieses anarchistische Treiben. Die Regierung hat in allererster Veranlassung, mit den schärfsten Mitteln diesem ruchlosen und gemeingefährlichen Vorgehen einer politisch organisierten Verbrecherbande entgegenzutreten.

*

Die Bewegung im mitteldeutschen Industrierevier nimmt nach den letzten vorliegenden Meldungen immer größeren Umfang an. In Wanzleben wurde durch Zerstörung eines Drahtseiles der Betrieb der großen Drahtseilbahn unterbrochen. Gleichzeitig wurden die Kassen der Kleinbahn und der Bahnpostamtes geplündert. In den Kassenräumen wurden Quittungen zurückgelassen, die mit dem Namen Hölz gezeichnet waren. Angeblich hat Hölz mehrere Brandreden gehalten. In Dresden und Freiberg i. S. wurden heute vormittag 10 Uhr nach Privatmeldungen Bombenattentate auf die Gerichtsgebäude unternommen. Das gleiche ist in Leipzig erfolgt.

Sabotageakte im mitteldeutschen Streikgebiet.

Anschläge auf Bahnkörper. — Zusammenstöße mit der Schutzpolizei. — Hölz als Streikführer?

Eisleben, 23. März. (W. T. B.)

Nachdem gestern nachmittag eine Massenkundgebung der streikenden weiter im Volkshause stattgefunden hatte, sind im Laufe der letzten Nacht die **meisten Schächte völlig stillgelegt** worden; nur noch sollen zum Teil arbeiten. Zwischen Schutzpolizei und Arbeiterschaft kam es zu einigen **Zusammenstößen**, bei denen aber, soweit bisher zu übersehen ist, kein Blut geflossen ist. Die Schutzpolizei weiter verstärkt worden. Am Bahnhof wurde ein Schützengraben aufgeworfen und stark mit Maschinengewehren besetzt.

Das „Eislebener Tageblatt" berichtet, daß in letzter Nacht mit Feuerpausen Gewehrfeuer und heute vormittag auch Handgranatendetonationen in den Straßen ertönten. Die Streitenden sprengten drei Weichen der Bergwerksbahn der Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft heute nacht in die Luft. Die Stimmung ist dadurch verschärft, daß in einer kommunistischen Versammlung ein Redner sich gestern als der berechtigte Hölz aus dem Vogtlande vorstellte, der die Führung des Streiks übernommen habe. Diese Angabe scheint aber nicht richtig zu sein. Die Arbeitswilligen werden auf den Schächten durch die Streikenden mit Waffengewalt vom Arbeiten abgehalten.

Halle, 23. März. (W. T. B.)

Ein verbrecherischer Anschlag, ähnlich dem kürzlich bei Ammendorf durch Lockerung der Geleise verübten Attentat, ist gestern abend wieder in nächster Nähe von Halle begangen worden. Zwischen Peißnitz und Giebichenstein hatten Verbrecher die Eisenbahnschienen gelöst. Als der 10 Uhr 38 Minuten von Halle abgehende D-Zug 151 um 10 Uhr 45 Minuten die betreffende Stelle erreichte, entgleisten infolgedessen drei Personenwagen, ein Postwagen und die Maschine. Ein Postbeamter, der Lokomotivführer und zwei Reisende wurden **verletzt**.

Das Rathaus von Rodewisch in die Luft gesprengt.

(Telegramm.)

Plauen, 23. März. (W. T. B.)

In Rodewisch (zwischen Auerbach und Falkenstein) wurde heute früh gegen 3½ Uhr ein Bombenanschlag gegen das Rathaus verübt. Das Rathaus wurde im Innern schwer beschädigt. Decken sind eingestürzt und sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Auch die Fenster der umliegenden Häuser sind gelitten. Die Attentäter scheinen wiederum von auswärts gekommen zu sein.

Zu dem Bombenanschlag in Rodewisch wird noch gemeldet: Kurz nach 3 Uhr früh **flog ein Teil des Rathauses unter furchtbarem Knall in die Luft.** Das Steueramt und das Meldeamt sind völlig zerstört. Die Dynamitladung, mit der die Sprengung erfolgte, war in das Kellergeschoß eingeschmuggelt worden. Ein Wachtmeister trug einen Nervenchok davon. Das Rathaus ist abgesperrt und wird wahrscheinlich abgetragen werden müssen. Die Täter sind entkommen. — Zu gleicher Zeit sollte anscheinend auch **versucht werden, das Rathaus in Auerbach in die Luft zu sprengen.** Dort gelang es einem Schutzmann, einen Mann festzuhaften, der einen Sack mit Dynamit bei sich hatte. Ein zweiter unbekannter Mann schoß auf den Beamten und entkam. Die Verfolgung ist aufgenommen worden. Der Verhaftete wurde in das Landgerichtsgefängnis Plauen eingeliefert; er gibt an, aus Danzig zu stammen.

Die Bombenattentate in Dresden und Leipzig.

Gegen die Gerichtsgebäude.

Dresden, 23. März. (W. T. B.)

Heute mittag ereignete sich am Landgerichtsgebäude am Münchener Platz eine folgenschwere Explosion, die durch eine unter den Verhandlungssaal gelegte Bombe entstanden war. Drei Personen wurden verletzt. Der Sachschaden ist ziemlich bedeutend. Die Täter sind entkommen.

h. Dresden, 23. März.

In Dresden wurde heute vormittag ein Bombenattentat verübt. Um 11 Uhr vormittags explodierte in einer Abortanlage im Erdgeschoß des Landgerichts am Münchener Platz eine Höllenmaschine. Der Schaden an den Wänden ist sehr erheblich. Ein Berichterstatter und zwei Garderobefrauen sind verletzt worden. Unter den zahlreichen Zeugen, die sich in einem benachbarten Zeugenzimmer aufhielten, brach eine Panik aus. Die Täter sind auch hier völlig unbekannt. Die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei haben die Ermittelungen bereits aufgenommen.

Leipzig, 23. März. (W. T. B.)

Heute vormittag 10½ Uhr ereignete sich im Landgerichtsgebäude in der Elisenstraße eine Bombenexplosion. Die Bombe war in einem Abort des Erdgeschosses niedergelegt worden. Durch die Explosion wurde bedeutender Sachschaden angerichtet. Der Abort und der Vorraum sind völlig verwüstet, die Decken sind herausgeschleudert, Türen und Fenster aus der Füllung gerissen. Auch sonst sind zahlreiche Fensterscheiben des Lichthofes bis ins zweite Stockwerk hinauf zertrümmert. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Das Landgericht wurde sofort abgesperrt und die polizeiliche Ermittlung eingeleitet. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Plünderung von Banken und Sparkassen

Oberpräsident Hörsing über die Vorgänge im Mansfelder Gebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

F. Halle, 23. März.

In der heutigen Sitzung des Provinziallandtags für die Provinz Sachsen machte Oberpräsident Hörsing über die Vorgänge im Mansfelder Gebiet folgende Mitteilungen: Im Laufe der Nacht waren ungefähr **50 bewaffnete Banditen das Postamt in Mansfeld überfallen.** Weiter sind gestern nachmittag nach einer Versammlung Polizeibeamte umzingelt, mißhandelt und ausgeplündert worden. Sie sind teils befreit worden, teils entkamen sie. Sie haben sich in ihre Kasernen zurückgezogen. In der Nacht wurde eine Patrouille, die diese Kasernements lediglich des Schutzes wegen umging, beschossen. Nachdem sie sich in die Kaserne zurückgezogen hatte, lag die Kaserne selbst zwei Stunden unter schwerem Feuer. Mehrere Minuten setzte förmliches Schnellfeuer ein. Die Polizei selbst gab keinen einzigen Schuß ab. Mit großer Empörung teile ich diese Untat mit, die ein Teil der Bevölkerung zur Schande des ganzen Landes unternimmt. **Ich werde den Kampf mit diesen Elementen aufnehmen und alles tun, um das Land von ihnen zu reinigen.**" In Mansfeld fuhr heute morgen zwischen ½9 und ½9 Uhr ein Lastauto mit bewaffneten Leuten und einem Maschinengewehr vor die Kreissparkasse vor, **überfiel die Kasse und beraubte sie.** Es wurden 199 000 Mark geraubt. Ebenso wurde die **Spar- und Kreditbank in Mansfeld überfallen und beraubt.** Einem unverbürgten Gerücht zufolge wurde das Mansfelder Gerichtsgebäude geöffnet und die Gefangenen befreit. Im Leunawerk hat die Werksleitung einen Erlaß herausgegeben, der die Entlassung der Arbeiter ankündigt, die bis Dienstag mittag noch passive Resistenz ausüben.

* * *

Die kommunistische „Aktion" in Hamburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W Hamburg, 23. März.

Nachdem schon gestern abend sich Trupps von meist jugendlichen Leuten aufhetzend vor einigen Polizeiwachen mit Totschlägern, Gummiknüppeln und ähnlichem herumgetrieben hatten, von denen verschiedene verhaftet werden mußten, setzte heute früh gegen 5 Uhr bereits die „Aktion" für heute ein. Mehere hundert Leute hatten sich auf dem Heiligen-Geist-Felde angesammelt mit der Absicht, geschlossen nach den Werften und Häfen zu marschieren, um dort den **Generalstreik zu erzwingen.** Die Polizei trieb sie auseinander. Doch bald hatten sich auf der Glacis-Chaussee von neuem hunderte angesammelt und kamen nun zu den St. Pauli-Landungsbrücken. Es gelang hier wieder, der bereit gehaltenen Ordnungspolizei die Aufrührer zu zerstreuen. Indessen war es doch etwa 70 Demonstranten geglückt, zu den Arbeitern der Werft von Blohm u. Voß einzudringen. Die Arbeiter hatten aber dort kein Verständnis für den Generalstreik und beförderten die Eindringlinge wieder hinaus. Auf einem Heiligengeistfeld ist des nachts eine rote Fahne hochoben angebracht worden, die gegen Mittag noch nicht entfernt war. An verschiedenen Orten finden zurzeit kommunistische Versammlungen statt.

Ein Vorschlag.

Der bekannte Großindustrielle Arnold Rechberg sendet uns die nachstehenden Ausführungen, in denen er etwas eingehender als bisher eine Idee entwickelt, die er schon seit längerer Zeit vertritt. Wir geben seinen Darlegungen gern Raum, ohne die Bedenken zu verkennen, zu denen der in mancher Beziehung gewiß vortrefflichste Plan Anlaß gibt. Diese Bedenken bestehen vor allem darin, daß Deutschland durch den vorgeschlagenen Zusammenschluß in noch stärkere Abhängigkeit vom Auslande geraten, das Ausland noch mehr Vorwand zur Einmischung finden könnte, und ferner darin, daß der deutsche Konsument unter Umständen die Kosten einer Vertrustung zu tragen haben würde.

Die Redaktion.

Die Außenpolitik jedes Staates, welche die möglichst weitgehende Förderung der Staatsinteressen erstrebt, kann nur dann erfolgreich sein, wenn ihre Absichten die Grenzen des Erreichbaren nicht überschreiten. Die Frage der von Deutschland an die Entente und an Frankreich und England insbesondere zu leistenden Kriegsentschädigung ist eines der derzeitig wichtigsten außenpolitischen Probleme. Es muß eine Lösung gesucht werden, die einerseits den Interessen des deutschen Volkes so weit als irgend erreichbar gerecht wird und andererseits von England und Frankreich angenommen werden könnte.

Zurückgreifend auf einen früheren Gedanken von Cecil Rhodes ist dazu vorgeschlagen worden, daß die deutsche Regierung den Regierungen von Frankreich und England, welche die Hauptgläubiger Deutschlands sind als einzige Kriegsentschädigung Beteiligungen an der deutschen Industrie bis zu einem Drittel des gesamten in der deutschen Industrie investierten Kapitals übermitteln solle und daß danach die französische und die englische Regierung diese Beteiligungen an die Industrien ihrer Länder weiterverkaufen möchten. Damit ist die Bedingung verbunden, daß Frankreich und England dann als Teilhaber an der deutschen Industrie alle Beschränkungen wegräumen müßten, welche der Rohstoffzufuhr an die deutsche Industrie und ihrem Absatz auf dem Weltmarkt entgegengestellt werden.

Es muß dazu berechnet werden, wie sich eine Verwirklichung dieses Vorschlages zahlenmäßig zu den Forderungen der Entente verhalten würde. Die Entente hat auf der Ministerkonferenz in Paris ihre Forderungen an Deutschland formuliert. Sie verlangt 42 Jahreszahlungen in der Gesamthöhe von 226 Milliarden Goldmark, beginnend mit Annuitäten von 2 Milliarden Goldmark und endigend mit Annuitäten von 6 Milliarden Goldmark. Alle diese Zahlungen sind als einmalige Abgeltung gedacht.

Wenn statt dieser Forderung der Entente, in welcher die Regierungen von Frankreich und England als die Hauptgläubiger Deutschlands auftreten, die Regierungen von Frankreich und England Eindrittelbeteiligungen an der deutschen Industrie übernehmen, so ist zunächst der Wert dieses Objektes abzuschätzen. Der jährliche Ertrag der deutschen Industrie — allerdings einschließlich der in Elsaß-Lothringen gelegenen Werke — war in der Zeit vor dem Weltkrieg etwa 9 Milliarden Goldmark. Wenn die deutsche Industrie infolge einer durchgreifenden Beteiligung der französischen und der englischen Industrie an der deutschen Industrie von der französischen und von der englischen Regierung intensiv gefördert und nicht mehr bekämpft würde, dann ließe sich trotz ihrer im Kriege verlorenen Werte ein ähnlicher Ertrag in absehbarer Zeit doch wohl wieder erreichen. Wenn dann die Beteiligung mit einem Drittel an dem jährlichen Gesamtertrag der deutschen Industrie von 9 Milliarden Goldmark 3 Milliarden Goldmark im Jahre ausmachte, so würden diese 3 Milliarden Goldmark, mit 5 Prozent kapitalisiert, ein Wertobjekt von 60 Milliarden Goldmark darstellen. Es soll aber, niedrig geschätzt, angenommen werden, daß die Regierungen von Frankreich und England die ihnen zu übergebenden Beteiligungen an der deutschen Industrie derzeit nur zu etwa 40 Milliarden Goldmark an die französische und an die englische Industrie verkaufen könnten. Schon dann würden die Regierungen von Frankreich und England aus diesem ihnen sofort bar zufließenden Kapital, zu 5 Prozent verzinst, die gleiche Summe als Rente, nämlich zwei Milliarden Goldmark, ziehen können, welche Deutschland als erste Annuität der Entente zahlen soll.

Da die Forderungen der Entente an Deutschland durch eine Endsumme abgeschlossen sind, welche nach 42 Jahren bezahlt sein soll, so muß, um einen Vergleich zu gewinnen, festgestellt werden, welche Summe den Regierungen von Frankreich und England ebenfalls nach einem Zeitraum von 42 Jahren zugewachsen wäre, wenn beide Regierungen die aus dem Verkauf der deutschen Industriebeteiligungen an die französische und englische Industrie gelösten 40 Milliarden Goldmark auf Zinsen zu 5 Prozent anlegen würden. Dabei sollen der Einfachheit halber die Zinseszinsen nicht einmal berücksichtigt werden. Es würde dann 42mal der fünfprozentige Zinsertrag von 40 Milliarden Goldmark, gleich 2 Milliarden Goldmark, also eine Summe von 84 Milliarden Goldmark dem aus dem Verkauf der deutschen Industriebeteiligungen erlösten Grundkapital von 40 Milliarden Goldmark zuwachsen, so daß den Regierungen von Frankreich und England nach 42 Jahren ein Gesamtkapital von 124 Milliarden Goldmark zugewachsen wäre. Es muß hinzugerechnet werden, daß die Industrien von Frankreich und England dann aus Eindrittelbeteiligungen an der deutschen Industrie einen jährlichen Ertrag von 3 Milliarden Goldmark gehabt hätten, also in 42 Jahren einen gesamten Ertrag von 126 Milliarden Goldmark. Das muß um so mehr in das Gewicht fallen, als die Kapitalbeteiligungen der französischen und englischen Industrie an der deutschen nach 42 Jahren weiterbestehen würden. Dem französischen und dem englischen Nationalvermögen wäre damit — vergleichsweise zu den Pariser